



**University of
Zurich^{UZH}**

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2017

Zwischen Skylla und Charybdis

Jositsch, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-124327>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Jositsch, Daniel (2017). Zwischen Skylla und Charybdis. Jusletter, (13.02.2017):online.



13. Februar 2017

Liebe Leserinnen und Leser

Durch eine Verfügung von Todes wegen kann die gesetzliche Erbfolge ersetzt oder ergänzt werden. Diese Testierfreiheit gilt jedoch nur innerhalb vorgegebener Schranken. Eine dieser Schranken bildet das **Prinzip der Höchstpersönlichkeit**. *Murielle Fischer* bietet eine Zusammenstellung von Lehre und Rechtsprechung des Bundesgerichts dazu. Sie befürwortet eine gewisse Öffnung der Höchstpersönlichkeit, da so der lebzeitige Wille des Erblassers besser geschützt wird. Es kann Situationen geben, in denen der Erblasser auf eine gewisse Flexibilität angewiesen ist, um seine Verantwortung wahrzunehmen. Ein striktes Delegationsverbot ist deshalb unzweckmässig.

Auch in diesem Jahr stellt *Daniel Jositsch* die **aktuellen Tendenzen in der strafrechtlichen und in der strafprozessrechtlichen Gesetzgebung** zusammen (siehe auch Daniel Jositsch, [Das Strafrecht als Allheilmittel](#), in: Jusletter 1. Februar 2016). Er widmet sich insbesondere der geplanten Umsetzung des Berufsverbots für pädosexuelle Straftäter und sagt: «Einmal mehr befindet sich das Parlament somit in der unangenehmen Situation, sich zwischen wortgetreuer Umsetzung einer Volksinitiative und der Einhaltung grundlegender Verfassungsprinzipien resp. der EMRK entscheiden zu müssen».

Am 12. Mai 2016 ist die neue EU-Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den **Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken** und zur Absolvierung von Praktika in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 23. Mai 2018 Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. *Agne Vaitkeviciute* spricht sich für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz in diesem Bereich aus, denn die Schaffung eines attraktiven Rechtsstatus zu Forschungs- oder Studienzwecken dient schlussendlich der Förderung von Wissen und Innovation in der Schweiz.

Roger Andres beschäftigt sich mit der **Teilrevision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG)**, welche per 1. Januar 2017 in Kraft trat. Er konzentriert sich dabei auf die Strafbestimmung (Art. 112 UVG) und zeigt auf, welche materiellen Änderungen sie im Bereich der Arbeitssicherheit mit sich bringt. Seines Erachtens sendet der Gesetzgeber falsche Signale, weil Arbeitnehmer sich neu eher strafbar machen als Arbeitgeber.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und einen guten Start in die neue Woche.

Stéphanie Schwab

Leiterin Jusletter

Simone Kaiser

Verlagsleiterin Editions Weblaw

Wissenschaftliche Beiträge

Murielle Fischer

**Der Grundsatz der Höchstpersönlichkeit im Erbrecht**

Nach dem Grundsatz der Höchstpersönlichkeit hat der Erblasser den Inhalt einer letztwilligen Verfügung in eigener Person festzulegen. Dieser Beitrag soll dazu beitragen, die Grundlagen dieses Grundsatzes zu erarbeiten und dessen konkrete Ausgestaltung nach schweizerischem Recht zu verstehen. Im Vordergrund stehen dabei das Delegationsverbot und die Frage, wie viel Flexibilität bei der Ausgestaltung einer Verfügung von Todes wegen zugelassen werden kann.

Beitragsarten: Wissenschaftliche Beiträge**Rechtsgebiete:** Erbrecht

Beiträge

Daniel Jositsch

**Zwischen Skylla und Charybdis****Aktuelle Tendenzen in der strafrechtlichen und in der strafprozessrechtlichen Gesetzgebung**

Die Volksinitiative, die ein umfassendes Berufsverbot für pädosexuelle Straftäter vorsieht, ist nicht die erste, die grundlegende Verfassungs- und EMRK-Prinzipien tangiert und daher nicht befriedigend umgesetzt werden kann. Sie wird wohl leider auch nicht die letzte dieser Art sein. Der Beitrag geht auf die entsprechenden Umsetzungsarbeiten ein, die in der Rechtskommission des Ständerats begonnen haben. Ausserdem widmet er sich weiteren im Parlament pendenten Gesetzgebungsprojekten im Bereich Straf- und Strafprozessrecht.

Beitragsarten: Beiträge**Rechtsgebiete:** Öffentliches Recht, Strafrecht, Strafprozessrecht

Agne Vaitkeviciute

**Migration and mobility of third-country researchers and students in the European Union and Switzerland**

Der Beitrag analysiert die Bestimmungen der Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- und Studienzwecken in der EU. Im Weiteren beleuchtet er die gesetzlichen Bestimmungen der Schweiz, welche den rechtlichen Status von Forschern und Studenten aus den Drittländern festlegen. Um die Attraktivität der EU und der Schweiz für Wissen und Innovation zu fördern, sollte der rechtliche Status von Drittstaatsangehörigen weiter verbessert werden. Ebenfalls sollte die Kooperation zwischen der EU und der Schweiz in diesem Bereich verbessert werden.

Beitragsarten: Beiträge**Rechtsgebiete:** Europarecht und Internationales Recht, Bilaterale Abkommen CH-EU

Roger Andres

**Merkwürdige Revision der Strafbestimmung im Unfallversicherungsgesetz****Inwiefern der seit 1. Januar 2017 geltende Art. 112 revUVG die Rechtslage im Bereich der**

Arbeitssicherheit (eben doch) materiell verändert hat

Das Unfallversicherungsgesetz wurde per 1. Januar 2017 teilrevidiert. Neu gefasst wurde auch die Strafbestimmung (Art. 112 revUVG). Soweit sie die Strafbarkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bereich der Arbeitssicherheit betrifft, bringt sie – entgegen dem, was der Botschaft des Bundesrats zu entnehmen ist – materielle Änderungen mit sich. So stellt das neue Recht insbesondere weniger hohe Anforderungen an die Strafbarkeit von Arbeitnehmern als an die Strafbarkeit von Arbeitgebern. Der Autor kritisiert das Signal, das der Gesetzgeber damit im Bereich der Arbeitssicherheit sendet.

Beitragsarten: Beiträge

Rechtsgebiete: Strafrecht, Arbeitsrecht, Gesundheitsrecht, Sozialversicherungsrecht

Aus dem Bundesgericht

Jurios



Rechtsstreit um Bauprojekt «Kreuzmatte»

BGer – Das Kantonsgericht Luzern muss sich nochmals mit dem genossenschaftlichen Bauprojekt «Kreuzmatte» in Meggen befassen. Es hat sich bei seinem Urteil auf einen alten Zonenplan gestützt und entscheidende Fakten in den Akten übersehen. Das Bundesgericht hat das Urteil aufgehoben. (Urteil 1C_533/2016)

Beitragsarten: Aus dem Bundesgericht

Rechtsgebiete: Bau- und Raumplanungsrecht.
Bodenrecht

Jurios



Abriss von Gartenhaus verfügt

BGer – Der Eigentümer eines etwas gross geratenen Neubaus eines Gartenhauses in Aubonne (VD) wird nochmals gut CHF 200'000 «investieren» müssen. Das Bundesgericht hat nämlich das kantonale Urteil bestätigt, wonach das schmucke Häuschen abgerissen werden muss. Der Mann hatte ohne Bewilligung gebaut. (Urteil 1C_29/2016)

Beitragsarten: Aus dem Bundesgericht

Rechtsgebiete: Bau- und Raumplanungsrecht.
Bodenrecht

Jurios



Freiheitsstrafe wegen Vergewaltigung

BGer – Ein 35-jähriger Mann war im Januar 2016 vom Thurgauer Obergericht wegen Vergewaltigung verurteilt worden. Das Bundesgericht hat nun die Beschwerde des Mannes abgewiesen und den Schuldspruch sowie das Strafmass von fünf Jahren bestätigt. (Urteil 6B_591/2016)

Beitragsarten: Aus dem Bundesgericht

Rechtsgebiete: Strafrecht Schweiz Besonderer Teil,
Straftaten gegen die Freiheit, Rechtsgleichheit.
Verfahrensgarantien. Willkürverbot

Aus dem Bundesverwaltungsgericht

Jurios



Meldepflicht verletzt – Qatar Airways muss zahlen

BVGer – Weil die Fluggesellschaft Qatar Airways den

Aus dem Bundesstrafgericht

Schweizer Behörden trotz entsprechender Verfügung keine oder unzureichende Passagierdaten für Flüge ab Doha/Katar geliefert hat, muss sie eine Sanktion von CHF 152'000 bezahlen. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine entsprechende Verfügung bestätigt. (Urteil A.1679/2016)

Die beschlagnahmten Gelder jenes Gazprom-Mitarbeiters, der im Sommer 2016 vom Bundesstrafgericht vom Vorwurf der Bestechung freigesprochen wurde, werden noch nicht freigegeben. (Urteil BB.2016.342)

Beitragsarten: Aus dem Bundesstrafgericht

Rechtsgebiete: Strafprozessrecht

Medienmitteilungen

Jurius



FINMA veröffentlicht Rundschreiben im Bereich Effektenhandel

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA veröffentlicht das totalrevidierte Rundschreiben «Meldepflicht Effektengeschäfte», das teilrevidierte Rundschreiben «Effektenjournal» sowie das neue Rundschreiben «Organisierte Handelssysteme». Die Rundschreiben treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Beitragsarten: Medienmitteilungen

Rechtsgebiete: Aufsichtsrecht, Bankrecht

Rechtsprechungsübersicht

Jurius



Übersicht über die Rechtsprechung des Bundesgerichts und des EGMR (Dezember 2016 – Januar 2017)

Die Rechtsprechungsübersicht führt die zur Publikation in der Amtlichen Sammlung vorgesehenen Urteile des Schweizerischen Bundesgerichts vom 17. Dezember 2016 bis und mit 16. Januar 2017 sowie die Urteile des EGMR mit Beteiligung der Schweiz auf. Neben Dossiernummer, Urteilsdatum, Abteilung/Kammer, Prozessgegenstand und Vorinstanz wird ein Hyperlink zum Originalentscheid und – sofern vorhanden – zur jeweiligen Mitteilung bzw. Besprechung in Jusletter und im dRSK wiedergegeben.

Beitragsarten: Rechtsprechungsübersicht

Rechtsgebiete: Publikationen